

ISOR aktuell

Mitteilungsblatt
der Initiativgemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e. V.

Nr. 10/99 ★ Infopreis: 0,00 DM ★ Oktober 1999

Solidarität verteidigen

von GERHARD NIEBLING, Groß Dölln

„Vorwärts und nicht vergessen, worin unsre Stärke besteht. Vorwärts und nicht vergessen – die Solidarität!“

Dieses eindrucksvoll von Ernst Busch gesungene Lied, schön und kämpferisch, kennt jeder. Es riss uns mit und wir rissen andere mit. Es war und ist noch immer Aufruf und Programm der Arbeitereinheit. Auch heute ist es für uns ISOR-Mitglieder ein bedeutendes und grundlegendes Motto für unseren Kampf um Gerechtigkeit und soziale Sicherheit. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 28. April 1999 ist es mehr denn je erforderlich – wie das die Entschließung der außerordentlichen Vertreterversammlung vom 24. Juli 1999 vorgibt – den Gedanken der Solidarität lebendig und tätig zu verwirklichen, solidarisch zusammenzustehen, die wirksamsten Schritte in unserem Ringen für die sozialen Interessen Tausender einheitlich und geschlossen zu gehen, um die großen Reste des Rentenstrafrechts endlich zu beseitigen.

Sicher wissen nicht alle oder manche haben vergessen, wie der Grundgedanke der Solidarität dazu führte, dass wir heute eine so beachtliche Mitgliederstärke haben. Verantwortungsbewusste ehemals leitende Angehörige der NVA, der Volkspolizei, der Zollverwaltung und des MfS suchten sehr bald nach der Verkündung des Beschlusses über die Straffrenten nach Möglichkeiten, diese Ungerechtigkeit, soziale Diskriminierung und Ausgrenzung zu beseitigen und Rentengerechtigkeit zu erreichen. Im Ergebnis kameradschaftlicher, die Interessen sehr vieler Ehemaliger vor Augen, – eben solidarischer Be-

ratungen – suchten einige Generale und Oberste des MfS, aus Abwehr und Aufklärung in einer intensiven, nächtlichen Diskussion mit Prof. Azzola rechtsstaatliche Wege dafür. Der Vorschlag des uns allen persönlich unbekanntenen Sozialexperten aus der alten Bundesrepublik, eine Organisation zu gründen, welche die Interessen der Geschädigten vertreten sollte, griff rasch um sich. Das Ergebnis war die durch „Pioniere“ vollzogene Gründung der ISOR, deren solidarische Gedanken sich schnell verbreiteten und noch heute ihr Wirken bestimmen.

Die Initiativgemeinschaft hielt allen Beschimpfungen, Verleumdungen und Verdächtigungen, auch Einzelner, erfolgreich stand und ging ihren Weg. Natürlich ging alles nicht ohne Probleme ab. Kontroverse Diskussionen, Irrungen, Fehler und Missgeschicke in Einzelfragen begleiteten unseren Kampf, aber auch vorzeigbare, beachtliche Erfolge stehen zu Buche. Das sind vor allem die Rentenkorrekturen für ehemalige Angehörige der Armee, der Polizei und des Zolls. Die Solidarität, gerade der Mitglieder aus diesen ehemaligen Organen der DDR, war besonders eindrucksvoll, als es darum ging, der Politik des Teilens und Herrschens geschlossen entgegenzutreten, und den ehemaligen Angehörigen des MfS weiterhin kameradschaftlich zur Seite zu stehen, weil diese noch immer ausgegrenzt blieben. Die Entschließung vom 24. Juli 1999 ist die Fortsetzung dieser solidarischen Haltung zu den ehemali-

gen Waffenbrüdern des MfS. Die außerordentliche Vertreterversammlung hat für alle, auch für Skeptiker, die es sicher gibt, deutlich gemacht, dass alle ISOR-Mitglieder willens und bereit sind, den gemeinsam begonnenen Weg politisch und rechtlich auch gemeinsam fortzusetzen und die vollständige Rentengerechtigkeit, auch für ehemalige Angehörige des MfS, zu erstreiten. Das soll eben mit einer Palette politischer und rechtlicher Schritte – auch auf internationalem Parkett geschehen. Es stimmt jeden optimistisch, die Namen der renommierten Juristen zu hören, die sich bereit erklärten, uns zur Seite zu stehen. Sicher wäre es ein glücklicher Umstand, mit Sicherheit von allen unterstützt, wenn sich juristische Potenzen aller Experten, die sich mit den Problemen befassen, vereinigen würden. Auch das wäre ein weiterer Schub für die Festigung der Solidarität und die Aussichten auf Erfolg.

Unser Ziel, die Gerechtigkeit zu erreichen, muss unser ganzes Streben sein, auch für Nachkommende, heute noch nicht direkt Betroffene. Erst dann, wenn wir alles mit Engagement getan haben, können wir allen gerade in die Augen sehen.

ISOR an Politiker

Am 9. September sandte der Vorstand weitere Schreiben an den Bundeskanzler Schröder, den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung Riester, den stellv. Vorsitzenden der SPD Bundestagsfraktion Dressler, die Sprecherin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN Müller sowie den Vorsitzenden der PDS-Bundestagsfraktion Gysi. Er informierte die Genannten über die Ergebnisse der Gutachtertätigkeit und stellte ihnen die Gutachten zur Auswertung bei der Gesetzesvorbereitung zur Verfügung.

Darüber hinaus wurde über den Beschluss der Vertreterversammlung und die beabsichtigte Beschwerde vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte informiert.

Die Briefe enden mit dem Satz:
Wir bekräftigen unsere Bereitschaft, alsbald zur Gesetzesvorbereitung ins Gespräch zu kommen.

Bündnis gegen sozialen Kahlschlag

Aufruf zur Kundgebung

am Freitag, dem 29. Oktober 1999 um 15.00 Uhr in Berlin auf dem Alexanderplatz

Aus dem Aufruf: Viele haben die jetzige Regierung gewählt, weil diese die Beendigung von 16 Jahren sozialen Kahlschlags versprochen hatte. Wir sind empört über die Kanzlerlüge vom Februar 1999, dass die nettolohnbezogenen Rentenerhöhungen nicht angetastet werden. Es gibt eine Alternative zu der von den Regierenden forcierten Umverteilung von unten nach oben.

Wir rufen die ISOR-Mitglieder aus Berlin und Umgebung zur zahlreichen Teilnahme auf – Es geht um unsere eigenen Belange !

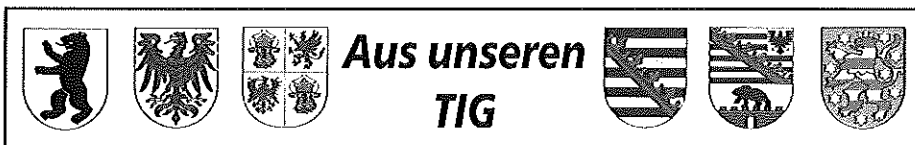
PROTEST

Am 27. August 1999 verurteilte die Große Strafkammer des Landesgerichts Berlin in einem politischen Verfolgungsprozeß unseren Freund Bernhard Geier, Mitglied des Vorstandes von ISOR e.V., zu einer zweieinhalbjährigen Freiheitsstrafe.

Wir protestieren gegen dieses politische Schandurteil und fordern: Schluß mit der politischen Strafverfolgung von DDR-Hoheitsträgern, Freiheit für alle politischen Gefangenen in der BRD und in anderen Ländern.

Auch aus einer Reihe TIG, so u. a. aus Stralsund sind Solidaritätsbekundungen für Bernhard Geier eingegangen.

Der Vorstand



Erklärung des Vorstandes der TIG Güstrow zur Vertreterversammlung

Aufmerksam und mit Zustimmung haben die Vorstandsmitglieder der TIG Güstrow die inhaltlichen Probleme und Aufgaben der Vertreterversammlung diskutiert. Einmütig wird die Wertung der Entwicklung der ISOR uneingeschränkt befürwortet. Alles Erdenkliche soll in solidarischer Gemeinsamkeit gegen das noch weiter bestehende Rentenstrafrecht getan werden. Den rechtlichen Erfolg vom 28.04.1999, der uns vom Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil zugesprochen wurde, sehen die Mitglieder nur als einen bescheidenen Teilerfolg an. Nach wie vor besteht breit gefächerte soziale Ungerechtigkeit, die uns zwingt, keine Erscheinungen zur eventuellen Nachgiebigkeit oder gar Auflösung des uns so hart erkämpften Wirkungsfeldes aufkommen zu lassen. Den Bundeskanzler Schröder und seine Führungsscrew werden wir verstärkt mit Briefen und Petitionen unablässig zur Einhaltung des Wahlversprechens – Abschaffung des Rentenstrafrechts – auffordern. Unsere TIG ist stark und selbstbewusst. Zwei neue Mitglieder wurden aufgenommen.



Die TIG **Bischofswerda** wertete die Vertreterversammlung in einer Mitgliederversammlung aus. Es gab uneingeschränkte Zustimmung zur Arbeit des Vorstandes der ISOR e.V. sowie zur Arbeit der Rechtsanwälte und Prof. Azzolas. Der Entschließung und dem Beschluss zur Beitragsregulierung wurde einstimmig zugestimmt. Ebenfalls gab es eine einheitliche Meinung zu unserer bisherigen Solidarität, nur Einigkeit und Geschlossenheit können zum Ziel führen.



Auch in der TIG **Rostock** gab es allgemeine Zustimmung zu den bisherigen Ergebnissen

und den zukünftigen Aufgaben und es gab Ablehnung der Bestrebungen, unsere Organisation zu spalten. Die vereinzelt an Rostocker Mitglieder versandten Fragebogen zur Bildung einer neuen Vereinigung wurden an den Absender in Berlin zurückgesandt.



Die Mitgliederversammlung der TIG **Dresden** zur Auswertung der Vertreterversammlung war mit ca. 300 Mitgliedern sehr gut besucht. Die Vorsitzende und die Kassiererin berichteten über den Verlauf und erläuterten die gefassten Beschlüsse.

In der Diskussion und in persönlichen Gesprächen wurde deutlich, dass unsere Mitglieder, insbesondere ehem. MfS-Angehörige, die Bildung einer Initiativgemeinschaft für ehemalige MfS-Angehörige generell ablehnen.

Charlotte Staudte



In vielen weiteren TIG erfolgte die Auswertung der ausserordentlichen Vertreterversammlung, so unter anderem in den TIG **Cottbus, Jena, Arnstadt, Löbau, Pößneck, Quedlinburg** unter Zustimmung zu den Inhalten und Beschlüssen sowie zur Umsetzung in eigene Aktivitäten.



Die Mitglieder unserer TIG **Delitzsch** haben immer darauf gesetzt, mit persönlichen Briefen an Politiker, Parteien, den Petitionsausschuss des Bundestages, an die Fraktionen der SPD und Grünen auf das Problem des „Rentenstrafrechts“ aufmerksam zu machen. Nach dem Urteil des BVerfG wurden die Bundestagsfraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN an Ihre Versprechungen erinnert und aufgefordert, dazu zu stehen.

Ich selbst habe mit dem Bundestagsabgeordneten der SPD Schumann über unsere Arbeit als Verein gesprochen. Er konnte gewonnen

werden, an einer Versammlung unserer TIG teilzunehmen. Hier hat er sich für die Abschaffung noch vorhandener Elemente des Rentenstrafrechts ausgesprochen. In zwei Veranstaltungen der SPD in Delitzsch, wo der Bundestagsabgeordnete Ottmar Schreiner und die Bundestagsabgeordnete v. Renesse anwesend waren, habe ich unsere Ansicht zum Rentenstrafrecht dargelegt. Beide erklärten, Rentenrecht dürfe nicht zum Strafrecht degradiert werden, sie seien für die Wertneutralität des Rentenrechts.

Fritz Neumann



Vertreterversammlung verstanden

Um den in Briefen Betroffener an die Politiker gestellten Forderungen Nachdruck zu verleihen, hat die TIG **Berlin-Treptow** beschlossen, diese Forderungen mit Gruppenbriefen zu unterstützen.

Ehemalige Angehörige der VP, der NVA und des Zoll bringen in Briefen an Minister Riester und SPD-Fraktionsvorsitzenden Struck ihre Solidarität mit den ehemaligen MfS-Angehörigen zum Ausdruck.

Sie erinnern darin an den von der SPD am 31. 05. 1995 eingebrachten Gesetzentwurf zur Korrektur des AAÜG. Unter anderem heißt es „mit diesem Gesetzesakt sollte gewährleistet werden, dass alle Bürger Ostdeutschlands, einschließlich der ehemaligen Angehörigen des Ministeriums für Staatssicherheit eine Rente bis zur Beitragsbemessungsgrenze erhalten. ...

Nachdem das Bundesverfassungsgericht ... den Weg freigemacht hat und die SPD heute in der Regierungsverantwortung ist, wenden wir unterzeichneten ehemaligen Angehörigen der Deutschen Volkspolizei, der Nationalen Volksarmee und der Zollverwaltung der DDR uns an Sie ... und ersuchen Sie das Vorhaben von 1995 heute in die Tat umzusetzen und ein Korrekturgesetz zu schaffen, das dem Rechnung trägt.

Eine völlige Beseitigung des Rentenstrafrechts würde ... nicht unwesentlich zur Gestaltung der inneren Einheit beitragen und der Glaubwürdigkeit der SPD einen großen Dienst erweisen.“

Auch ehemalige MfS-Mitarbeiter dieser TIG wenden sich mit gemeinsam unterschriebenen Briefen an Minister Riester und die SPD-Fraktion. Gleiche Aktivitäten von ehemaligen Mitarbeitern des MfS sind aus der TIG **Berlin-Hohenschönhausen** zu berichten.

Auch in der TIG **Berlin-Friedrichsfelde/Karlshorst** wandten sich Mitglieder, die ehemals der VP angehörten, u.a. an den Petitionsausschuss, um die Forderungen ehemaliger MfS-Angehöriger nach Rentengerechtigkeit solidarisch zu unterstützen.



Über den aktuellen Stand der Durchsetzung der Beschlüsse der Vertreterversammlung und die weiteren vor uns stehenden Aufgaben im Kampf gegen das Rentenstrafrecht sprach unser ISOR-Vorsitzender Horst Parton vor 140 Mitgliedern der TIG **Frankfurt (Oder)** am 18. 09. 1999 im großen Hörsaal der Europa-Universität Viadrina. Unserer Einladung folgend, nahmen auch Delegationen und Vertreter der mit uns solidarisch verbundenen BRH, GBM, GRH, des Bundesgrenzschutz- und des Bundeswehrverbandes an der Veranstaltung teil. Einmütig wurde ein Offener Brief an die Fraktionen und Politiker der Regierungskoalition verabschiedet, in dem die Bundesregierung und die Regierungsparteien aufgefordert wurden, unverzüglich die notwendigen Schritte zur Änderung des AAÜG einzuleiten und das Rentenstrafrecht auch für ehem. Angehörige des MfS zu beseitigen.

Manfred Obenauf

Anmerkung der Redaktion:

Wie notwendig solche Aktivitäten nach wie vor sind, beweisen die Antworten aus Regierung und SPD-Fraktion, die unter Ignorierung des durch das BVerfG eingeräumten Entscheidungsspielraums nur davon ausgehen, dass nach BVerfG eine Begrenzung der Entgelte auf 100 v. H. des DDR-Einkommensdurchschnitts (sprich 1,0 EP) zulässig sind.



Mit Wirkung vom 1. 10. 1999 wurde auf eigenen Wunsch der langjährige Vorsitzende der TIG **Berlin-Hohenschönhausen** Wolfgang Scheinpflug aus gesundheitlichen Gründen von seiner Funktion entbunden. Der Vorstand der ISOR e.V. dankt Wolfgang Scheinpflug – auch im Namen des TIG-Vorstandes und aller Mitglieder der TIG – für seine aufopferungsvolle langjährige Tätigkeit als TIG-Vorsitzender und wünscht ihm Gesundheit und alles Gute. Er ist weiterhin als Mitglied des Vorstandes tätig.

Als neuer Vorsitzender der TIG wurde einstimmig das Mitglied des Vorstandes, Klaus Schlegel, bestätigt. Wir wünschen ihm für diese Aufgabe viel Kraft.

Kurz berichtet

Die TIG **Berlin-Marzahn** berichtete über eine abwechslungsreiche Fahrt ins Riesengebirge, die dem Zusammenhalt diene und das Leben der TIG bereicherte.

Die TIG **Potsdam-Waldstadt** berichtete über Buchlesung mit dem Kriminalschriftsteller Wolfgang Mittmann, der sein neuestes Buch „Aktion Roland“ vorstellte.

Sächsische TIG beteiligten sich mit einem repräsentativen Informationsstand am „Tag der Sachsen“, der in diesem Jahr in Riesa stattfand.

Aus der Postmappe

Dr. Wolfgang Schwanitz, ehemaliger Leiter des AfNS, wandte sich mit Briefen, in denen er an die jeweils von den betr. Persönlichkeiten vertretenen Auffassungen zu rentenrechtlichen Regelungen für ehemalige Mitarbeiter des MfS ausging, an eine Vielzahl von Politikern und an Bundestagsfraktionen. So erinnert er in einem Brief an die Fraktion der SPD an den Gesetzentwurf der SPD von 1995 zur uneingeschränkten Beseitigung des Rentenstrafrechts. Im weiteren heißt es u.a. zu den Urteilen des Bundesverfassungsgerichtes: „Bei aller positiven Bewertung mussten die ehemaligen Mitarbeiter des MfS/AfNS zu ihrem Bedauern feststellen, dass für sie das Rentenstrafrecht zunächst nicht beseitigt, sondern lediglich gemildert wurde. Begründet wird das mit angeblichen Privilegien. ... Sicherlich waren die Gehälter der Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR höher, als die der Mitarbeiter in anderen staatlichen Bereichen. ... Die Beseitigung des Rentenstrafrechts für Angehörige des MfS/AfNS wäre konsequent dann gegeben, wenn ihre Renten denen der NVA und VP angeglichen würden. Vor Überhöhung bewahrt ja ohnehin die allgemeine Bemessungsgrenze. Wird es als Privileg angesehen, dass Mitarbeiter des MfS/AfNS mehr verdienen als Mitarbeiter des zivilen Staatsapparates der DDR in vergleichbaren Dienststellungen mit gleicher Qualifikation, dann müssten die Renten der Mitarbeiter des MfS/AfNS bei einer neuen gesetzlichen Regelung wenigstens denen dieses Personenkreises angeglichen werden. Blieben die Renten für Mitarbeiter des MfS/AfNS auch unter diesem Niveau, bedeutete das die Fortsetzung des Rentenstrafrechts“.

Dr. Schwanitz weist dann das Rentenstrafrecht an seinem eigenen Beispiel nach und bringt zum Ausdruck, dass er nach seiner Lebensarbeitsleistung und der Tatsache, dass er monatlich 10% seines Bruttogehaltes für die Altersvorsorge gezahlt habe, „wenigstens eine Rente erwarte, die Mitarbeiter des zivilen Staatsapparates der DDR in vergleichbaren Dienststellungen erhalten. ...

Im Namen meiner ehemaligen Mitarbeiter und ihrer Familien bitte ich Sie, Ihren politischen Einfluß geltend zu machen, dass mit der gesetzlichen Neuregelung der Renten für Angehörige des MfS/AfNS 10 Jahre nach der Herstellung der Einheit Deutschlands das Rentenstrafrecht endgültig begraben und damit ein weiterer Schritt auf dem Wege zur inneren Einheit gegangen wird.“



Dieter Wenzel von der TIG Berlin-Weissensee schreibt uns: Ich möchte mich als ehemaliger Mitarbeiter des MfS bei den ISOR-Mitgliedern der anderen bewaffneten Organe der DDR

für die Solidarität bedanken. Ohne diesen Zusammenhalt würden viele unserer älteren Mitarbeiter auch nach dem Jahre 2000 noch zum Sozialamt müssen. Nur diese Solidarität wird das politische Rentenstrafrecht für alle völlig aufheben können und die Gleichbehandlung des Nachrichtendienstlers mit dem Polizisten, Zöllner, Grenzer und NVA-Angehörigen herbeiführen.



BRH und ISOR in Übereinstimmung

Die Zeitschrift für ehemalige Angehörige des öffentlichen Dienstes und ihre Hinterbliebenen, **Aktiv im Ruhestand**, 8/99 berichtet mit Foto der Teilnehmer, dass sich „führende Vertreter der ISOR e.V. mit dem BRH-Bundesvorsitzenden Heinz Wehrhahn in Berlin getroffen haben, wobei es vor allem um die Konsequenzen aus den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts zur Rentenüberleitung ging. ISOR und der BRH-Bundesvorsitzende waren sich in der Beurteilung der Entscheidungen und der erforderlichen Schritte weitgehend einig. Die gute Zusammenarbeit, die die bisherigen Erfolge ermöglicht hat, soll fortgesetzt werden.“

In der Ausgabe wird weiter berichtet: Der BRH hat die Bundesregierung aufgefordert, die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur Rentenüberleitung alsbald umzusetzen und sich dabei nicht auf das vom Gericht vorgegebene Mindeste zu beschränken. „Die Geschichte des Gesetzes sei ein Schulbeispiel für die „Unbelehrbarkeit einer parlamentarischen Mehrheit“, heißt es in dem Schreiben des BRH-Bundesvorsitzenden Heinz Wehrhahn an Bundesarbeitsminister Walter Riester (SPD), in dem gleichzeitig die Einzelforderungen des BRH enthalten sind.

„Folgende Punkte seien für den BRH von grundlegender Bedeutung:

1. Das Bundesverfassungsgericht habe sämtliche Rentenkürzungen mit Ausnahme des Sondersversorgungssystems MfS/AfNS für unwirksam erklärt. Es habe dies an Hand einiger weniger Fälle getan, die aber so gesucht gewesen seien, dass sie das gesamte Spektrum der Kürzungen abgedeckt hätten. Der BRH bittet um Bestätigung, dass dies auch von der Bundesregierung so gesehen werde und dass deshalb die Absicht bestehe, alle Einschränkungen der §§ 6,7 AAÜG zu beseitigen.
2. Nach Ansicht des BRH seien die Kürzungen rückwirkend zu beseitigen. Einbehaltenne Beträge müssten nachgezahlt werden.
3. Ganz schlimm wäre es nach Ansicht des BRH, wenn die rückwirkende Bereinigung nur auf diejenigen Rentner beschränkt bliebe, die

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Rechtsmittel eingelegt und auch klageabweisende Entscheidungen der Instanzgerichte nicht hingenommen hätten. Unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger in den neuen Ländern, die auf den Rechtsstaat vertraut hätten, dürften jetzt nicht benachteiligt werden.

4. Das Bundesverfassungsgericht habe in seinen Urteilsbegründungen mehrfach hervorgehoben, dass es sich darauf beschränken müsse, festzustellen, was verfassungswidrig sei, dass aber der Gesetzgeber nicht gehindert sei, Regelungen zu schaffen, die über seine, des Bundesverfassungsgerichts, Feststellungen hinausgingen. Anders gesagt: Auch das, was (noch) verfassungsgemäß sei, müsse deshalb noch lange nicht gerecht sein. Deshalb bitte der BRH herzlich, die oberstgerichtlichen Entscheidungen nicht ausschließlich auf das unbedingt Erforderliche abzuklopfen, sondern nach Lösungen zu suchen, die von den Betroffenen als gerecht akzeptiert werden könnten. Nur so könne die immer angemahnte Befriedung eintreten.

5. Das gelte auch für das Sonderversorgungssystem MfS/ANFS. Würde die vom Bundesverfassungsgericht dazu getroffene Entscheidung einfach umgesetzt, so führte das dazu, dass der Personenkreis eine Versorgung an der Grenze zur Sozialhilfe erhalte. Dabei müsse auch bedacht werden, dass die Begrenzung des für die Rentenberechnung maßgebenden Einkommens auch die Witwen- und gar die Waisenrente reduziere, obwohl doch ein Kind, das heute zehn Jahre alt sei, für die Tätigkeit seines Vaters beim MfS nun wirklich nichts könne."

In gleichem Sinne heißt es in der Ausgabe Nr. 9/99:

„In der Begründung seines Urteils hat der Vorsitzende des 1. Senats des Bundesverfassungsgerichts ... erklärt, das Gericht habe lediglich festzustellen gehabt, wo die Grenze der Verfassungswidrigkeit liege. Das bedeute nicht, dass der Gesetzgeber bei der Korrektur an diesem Punkt stehenbleiben müsse. Er könne vielmehr auch eine günstigere Regelung treffen.“

Zugleich wird über die Entscheidungen des Bundessozialgerichts berichtet. „Das Bundessozialgericht hat dem Rentenüberleitungsgesetz den Rest gegeben ... Der Gesetzgeber steht vor einem Scherbenhaufen, die Verantwortlichen sind flüchtig. Der unbelehrbare Norbert Blüm: von der Bildfläche verschwunden. Sein tapferer Staatssekretär Bernhard Worms: rechtzeitig mit einer neuen Aufgabe versehen. Einige andere, die mit Inbrunst die

Rechtmäßigkeit des Gesetzes vertreten haben: unsichtbar. ... Von der ersten Stunde an ist das RÜG missbraucht worden, um Vergangenheitsbewältigung zu betreiben. ... So kann eine ideologische Sichtweise verblenden.“

In seiner Einschätzung der Urteile des BSG vertritt der BRH die gleichen Standpunkte wie ISOR (ISOR aktuell 9/99).



Vom ehrenamtl. Geschäftsführer des Wohn- und Ferienheims „Heideruh“ e.V. erhielt der Vorstand der ISOR e.V. folgenden Brief:

Wir freuen uns, euch mitteilen zu können, dass unser Vorstand auf seiner letzten Sitzung beschlossen hat, eurem Antrag auf Mitgliedschaft zu entsprechen. Wir freuen uns über die Mitgliedschaft und hoffen, daß viele Kameradinnen und Kameraden zu uns als Gast, aber auch als Mitarbeiter kommen. (Wie sicherlich bekannt, wird das Heim durch ehrenamtliche Kräfte verwaltet und betreut. D.Red.)

Wir würden uns freuen, wenn sich umgehend noch einige Kameradinnen und Kameraden, alleinstehend oder Ehepaare bereit finden würden, uns bei den täglich anfallenden Arbeiten zu helfen. Was ist bei uns zu tun? Unser Koch braucht Hilfe in der Küche, angefangen mit dem Frühstück, Mittagessen, Kaffee und Kuchen und das Abendessen, alles ist auf den Tisch zu bringen, die Zimmer und Flure sind sauberzuhalten, die männlichen Helfer finden im Aussenbereich viel Beschäftigung also Rasenmähen, Wege sauberhalten, kleine Instandhaltungsarbeiten gibt es auch immer, also alles, was in einem Ferienheim anfällt muss getan werden. Interesse? Dann bitte melden. Dringend brauchen wir Mitarbeiter ab 25. November, Dezember über Weihnachten in das neue Jahrtausend.

Hier nochmals die Adresse:

Ahornweg 45, Ortsteil Seppensen, 21244 Buchholz/Nordheide,
Telef. 04181-8726, Fax. 04181- 281142



Mitteilung

Mit Schreiben vom 29. 09. 1999 an den Vorstand informierte ISOR-Mitglied Heinrich Tauchert über Inhalte einer Versammlung der 'Initiative für gerechte Altersversorgung' am 25. 09. 1999, an der 58 Personen teilnahmen.

Der Vorstand von ISOR e.V. wird sich in der Sitzung im Oktober damit auseinandersetzen und die Mitglieder entsprechend informieren. Es muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass alle finanziellen Maßnahmen dieser 'Initiative' ausserhalb von ISOR e.V. vollzogen werden.

Information zu Finanzfragen

In Realisierung des Beschlusses der ausserordentlichen Vertreterversammlung vom 24. Juli 1999 (siehe ISOR aktuell Nr. 8/99) wurden bis zum 30. September ca. 41,9 TDM als freiwilliger Beitrag zur Deckung der Kosten der Rechtsverfolgung geleistet. Zum gleichen Zeitpunkt beträgt der Verlust im kommerziellen Bereich 222,7 TDM.



Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

HELMUT ALEX, Rostock
WERNER BECKER, Tangerhütte
FRITZ BENDT, Greifswald
KLAUS BOTH, Arendsee / Wernigerode
PETER BULANDA, Berlin-Lichtenberg
ULRICH CZEPLUCH, Chemnitz
KLAUS ERLER, Berlin-Treptow
GÜNTER FISCHER, Berlin-Friedrichshain
ULRICH FRIESE, Rostock
ERHARD GÄRTNER, Berlin-Treptow
LIESELOTTE GEBHARDT, Bln-Hoh'schönh.
WERNER GÜNSEL, Berlin-Friedrichshain
GÜNTHER KÄLBER, Chemnitz
PETER KÄSTNER, Berlin-Friedrichshain
ROLAND KÖHLER, Lawalde Kreis Löbau
ERWIN MANDT, Berlin-Marzahn
GÜNTER MEISEL, Bitterfeld
WOLFGANG PILZ, Penig
WERNER POLTE, Magdeburg
HEINZ PRIBBENOW, Potsdam-Schlaatz
WERNER SCHÄLLER, Annaberg
WOLFGANG SEIDLER, Schwarzenberg
ERIKA WAGNER, Nordhausen
ELFRIEDE WEIDMANN, Cottbus
LUZIA WERNER, Magdeburg
WILLY WOYTHE, Berlin-Hellersdorf
HEINZ WUNDERLICH, Berlin-Köpenick
Ehre ihrem Andenken.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.
Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr.: 171 302 0056, BLZ: 100 500 00

Geschäftsstelle der ISOR e.V.:
Franz-Mehring-Platz 1 - 10243 Berlin
Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat
29 78 43 16 - Geschäftsführer
29 78 43 17 - AG Finanzen
29 78 43 18 - AG Recht
29 78 43 19 - Öffentlichkeitsarbeit
„ISOR aktuell“

Fax: (030) 29 78 43 16
Post: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin
e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Sprechstunden:
Dienstag 9 bis 13 Uhr
Donnerstag 16 bis 19 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwährende Kürzungen von Zuschriften vor.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Vi.S.d.P.: Für diese Ausgabe: Dr. Peter Fricker
c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.
Druck: Druckerei Paulick, 10405 Berlin